

AMS

Arbeitskreis Militär und
Sozialwissenschaften

Newsletter

01/2003

IMPRESSUM

Der AMS-Newsletter ist das Mitteilungsorgan des Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften. Er erscheint viermal jährlich. Mit Namen gekennzeichnete Beiträge sind jeweils Meinung des Verfassers und müssen nicht derjenigen der Redaktion entsprechen.

Für den Inhalt der vorliegenden Ausgabe sind verantwortlich:

Dr. Paul Klein, c/o Prötzeler Chaussee 20
15344 Strausberg
Tel.: (03341) 58-1810

Dr. Gerhard Kümmel c/o Prötzeler Chaussee 20
15344 Strausberg
Tel.: (03341) 58-1837

Beitragszahlung € 30,-- an:

AMS/Brecht, Sparda-Bank Köln, BLZ 370 605 90, Konto Nr.: 774365
Rückfragen an R. Brecht, Streitkräfteamt Bonn, Tel.: 0228/12-2663

Neumitglieder:

Arnd Kersten Gottfried-Keller-Straße 5, 34233 Fuldataal

Tobias Baur Panzertruppenschule, Am Park, Postfach 1151, 29623 Munster

Adressenänderungen:

Jörg Keller jetzt: SWInstBw, Prötzeler Chaussee 20, 15344 Strausberg

Andreas Prüfert jetzt: Generalsekretär Euromil, 33, av. Général de Gaulle, B-1050
Bruxelles, Belgien

Mitteilungen des Vorstandes

Werte Mitglieder!

Der erste Newsletter des Jahres 2003 wird in einer ernsten und die weitere Entwicklung der internationalen Politik absehbar nachhaltig prägenden Weltlage verteilt. Was sich bereits seit einiger Zeit abzeichnete, ist mittlerweile eingetreten: im Irak sprechen die Waffen. Ungeachtet aller unterschiedlichen Positionen hinsichtlich des Für und Wider dieses Waffenganges eint derzeit die meisten Menschen die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges und auf möglichst wenige Verluste auf beiden Seiten. Dieser Hoffnung kann sich der AMS nur anschließen.

In Kürze wird der **Tagungsband 2002** („Asymmetrische Konflikte und Terrorismusbekämpfung: Prototypen zukünftiger Kriege?“, hrsg. von Sabine Collmer und Gerhard Kümmel) dem Verlag zugeleitet werden, so dass er Ihnen bis etwa Spätsommer übersendet werden kann.

Unsere diesjährige **AMS-Jahrestagung** und unsere **Mitgliederversammlung** werden voraussichtlich am dritten November-Wochenende (**14.-16. November 2003**) in **Potsdam** stattfinden. Näheres dazu im nächsten Newsletter. Wir bitten jedoch schon um Vormerkung dieses Termins.

Zum Schluss nochmals der Hinweis auf die im letzten November in Bielefeld beschlossene **Beitragsanpassung (Erhöhung auf 30,-€)**, die **Einführung eines Mitgliedertarifs für Studenten (10,-€)** und die **Möglichkeit eines freiwillig höheren Beitrages** ab dem **Jahr 2003**. Wir bitten dies bei der Überweisung der diesjährigen Mitgliedsbeiträge entsprechend zu berücksichtigen (siehe hierzu auch das Muster des Überweisungsträgers auf dieser Seite)

Der Vorstand des AMS wünscht Ihnen nicht nur viel Freude beim Lesen dieses Newsletters, sondern Ihnen und Ihren Lieben auch ein friedliches und erholsames Osterfest!! Bleiben Sie dem AMS gewogen!

Für den Vorstand,

Gerhard Kümmel

Überweisung 170 540 40 **MÖL** Sparkasse Märkisch-Oderland www.sparkasse-mol.de

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)
AMS

Konto-Nr. des Begünstigten 774365 Bankleitzahl 37060590

Kreditinstitut des Begünstigten SPARDA BANK KOELM

EUR Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)
nach Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)
AXEL MUSTERMANN

Kontoinhaber: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers 20

Bitte NICHT VERGESSEN:
Datum/Unterschrift Axel Mustermann

Scheibenschnittstelle: Nach dem Schneiden
Handschrift: Blockdruck in DRUCKSETZUNGSFÄHIG
Bitte für Zinsen von Kontoführern verwenden!

News

- In der Reihe SCHIFF-Texte des Schleswig-Holsteinischen Institut für Friedenswissenschaften an der Universität Kiel sind neu erschienen:
Nr. 67 Kieler internationale ad-hoc Expertengruppe zu Kaliningrad: Kaliningrad im Brennpunkt
Nr. 68 Ulrike Kronfeld-Goharani: Die Umweltschäden und Entsorgungsprobleme des russischen Nuklearkomplexes
- Die Heeresfliegerstaffel SFOR der Bundeswehr hat nach nunmehr fünf Jahren ihren Einsatz in Bosnien beendet. Von 1996 bis Ende 2002 waren 130 deutsche Soldaten zur Unterstützung der NATO-Verbände in Kroatien und später bei Sarajevo stationiert.
- Im George C. Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen ist in der Reihe „The Marshall Center Papers“ neu erschienen:
Nr.5 Michael N. Schmitt: Counter-Terrorism and the Use of Force in International Law.
- Die Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik hat die Beiträge zum 7. Dresdner Symposium „Für eine globale Friedensordnung“ im November 2002 unter dem Titel „Pax Americana oder gerechter Frieden“ als DSS-Arbeitspapier , Heft 64 veröffentlicht.
- Das von Hans-Joachim Reeb und Peter Többicke verfasste „Lexikon Innere Führung“ ist nunmehr in einer zweiten komplett überarbeitenden Auflage beim Verlag Walhalla in Regensburg/Berlin erschienen. Es umfasst ca. 480 Artikel zu Schlüsselbegriffen und Sachverhalten der Inneren Führung und ist für 12.80 Euro im Buchhandel oder beim Verlag zu haben.
- Die Reihe HSFK-Reports der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung wurde mit folgenden Heften fortgesetzt:
Nr. 9/2002 Regine Schönenberg: Die Kriminalisierung gesellschaftlicher Transformationsprozesse. Der Fall des brasilianischen Amazonasgebiets.
Nr. 10/2002 Kathrin Höhl, Harald Müller, Annette Schaper: Die Rolle der Europäischen Union in der Abrüstung von russischen Massenvernichtungswaffen.
Nr. 11/2002 Christian Büttner, Irmhild Kohte-Meyer: Am wichtigsten ist die Sprache... Erkundungen zur Bedeutung von Sprache im Migrationsprozess.
- Nach Griechenland, Polen und der Türkei entsenden nunmehr auch Österreich und Finnland Personal in den Stab des Eurokorps in Straßburg. Im August dieses Jahres soll Kanada diesem Beispiel folgen.
- Vom 23. bis 30 August 2003 führt in Luzern die Militärakademie an der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit dem Geneva Centre of Democratic Control of Armed Forces und unterstützt vom Schweizer Verteidigungsministerium die „1. Swiss Summer School on Democratic Governance of Civil-Military Relations“ durch. Lehrende sind Experten zum Thema aus den USA, Deutschland, der Schweiz, Slowenien, Spanien und der Türkei. U.a. treten so prominente Professoren wie Charles Moskos, Wilfried von Bredow und Karl Haltiner auf. Anmeldeformulare und nähere Auskünfte bei Marlene Urscheler (m.urscheler@dcaf.ch; fax: 0041227417705).
- Nach einer EMNID-Umfrage glaubten Ende Januar 2003 noch 47 Prozent der Bundesbürger, dass es im Irak zu einer friedlichen Lösung kommen wird. 51 Prozent bezweifelten allerdings, dass der Krieg noch verhindert werden kann. Besonders pessimistisch gaben sich die Befragten zwischen 30 und 39 Jahren. 66 Prozent unter ihnen gingen von einem Krieg aus.
- Die Reihe „Forum Innere Führung“ der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung beim Nomos-Verlag Baden-Baden wurde mit Bd. 20 fortgesetzt. Herausgegeben von Reiner Pommerin und Gerd Jürgen Bischof beinhaltet der Band unter dem Titel „Einsatz für den Soldaten“ die Empfehlungen des 10. Beirats für Fragen der Inneren Führung. Sie reichen von Politischer Bildung in den Streitkräften über Fragen der Multinationalität bis hin zur Ökonomisierung in der Bundeswehr.

- Beim Centre d'études en sciences sociales de la défense in Paris ist in der Reihe „Les documents du C2SD neu erschienen:
Nr. 45 Olivier Cleach: Gendarmes des champs, gendarmes des villes.... face aux nouvelles attentes des populations rurales et periurbaines.
- Einer Umfrage des Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin zu Folge ist die Behauptung falsch, an den Demonstrationen gegen den Irak-Krieg habe sich ein breiter Querschnitt der Bevölkerung beteiligt. 76 Prozent der Menschen, die am 15. Februar in Berlin gegen einen Krieg im Irak demonstrierten hatten Abitur, 51 Prozent einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss und acht Prozent sogar einen Dokortitel. 83 Prozent stuften sich selbst als politisch „links“ oder „sehr links“ ein, nur 16 Prozent sahen sich im mittleren politischen Bereich und ein Prozent bezeichnete sich als „rechts“.
- Beim Verlag Kluwer Academic/Plenum Publisher in New York hat Giuseppe Caforio ein „Handbook of the Sociology of the Military“ herausgegeben. In mehr als 20 Artikel werden die wichtigsten Themengebiete der Militärsoziologie dargestellt. Unter den Autoren befinden sich neben dem Herausgeber u.a. W. von Bredow, M. Nuciari, M.L. Martin, B. Boone, R. Moelker, J. Soeters, D.J. Winslow, K. Haltiner, P. Manigart, C. Dandeker und G. Kümmel.
- Wer sich über die rechtlichen Bestimmungen der Wehrpflicht unterrichten will, sollte das soeben in der 6. Auflage von Dieter Walz überarbeitete „Wehrpflichtgesetz“ zur Hand nehmen. Das 775 Seiten umfassende Werk ist im Verlag Franz Vahlen im München erschienen und umfasst neben dem Gesetzestext und zahlreichen Kommentaren auch eine umfangreiche Einleitung zur Diskussion um die Wehrpflicht heute.
- Beim Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr sind folgende Publikationen neu erschienen:
In der Reihe Berichte:
Nr. 76 Gerhard Kümmel, Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg): Soldat, weiblich, Jahrgang 2001. Sozialwissenschaftliche Begleituntersuchungen zur Integration von Frauen in die Bundeswehr – Erste Befunde.
In der Reihe Arbeitspapiere:
H. 133 Gerhard Kümmel: Sicherheits- und Militärpolitik im Cyperspace. Die Verteidigungsministerien und Streitkräfte der Welt im Internet.
- In einem Interview mit dem Deutschlandfunk antwortete Verteidigungsminister Dr. Peter Struck auf die Frage: „Was halten Sie denn vom Massenauftritt deutscher Generale a.D. als Experten, die diesen Kriegsverlauf (im Irak) kommentieren?“ mit folgenden Worten: „Ich finde diese Art und Weise absolut lächerlich. Die Herren kennen nur die Informationen, die sie über CNN oder vielleicht El Dschasira bekommen, maßen sich einen Sachverstand an, der ihnen in dieser konkreten Situation absolut nicht zur Verfügung steht. Auch die aktiven Angehörigen der Bundeswehr können darüber nur den Kopf schütteln, wie ehemalige Generale versuchen, sich hier als Sachverständige aufzuspielen, ohne die nötigen Sachkenntnisse zu haben.“
- Die Zahl der Soldatinnen in der Bundeswehr ist 2002 auf 8365 gestiegen. Das entspricht einem Anteil von 4,42 Prozent des Gesamtumfangs der Zeit- und Berufssoldaten. Im Rahmen der Reform der Bundeswehr soll der Anteil der Soldatinnen auf ca. 10 Prozent steigen.
- Die Zahl der Eingaben beim Wehrbeauftragten hat im Jahr 2002 den höchsten Stand seit Bestehen der Institution erreicht. Sie lag mit 6436 Vorgängen um 32 Prozent höher als im Jahr 2001. Die Zahl der Beschwerden von Soldaten im Einsatz hat sich mit 1150 Eingaben im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt und richtete sich vor allem gegen die Länge des Einsatzes.
- Seit Beginn des Irak-Krieges haben sich bei den amerikanischen Konsulaten in Nordmexiko und bei der amerikanischen Botschaft in Mexiko-Stadt Hunderte von Mexikanern mit dem Wunsch gemeldet, in die amerikanischen Streitkräfte einzutreten. Um später in

den USA leben zu können, nehmen sie das Risiko auf sich, für eine fremde Macht in einem Krieg zu kämpfen. Die US-Botschaft lehnte die Freiwilligen umgehend ab und wies immer wieder darauf hin, dass für den Militärdienst lediglich US-Bürger mit legalem Wohnsitz in den USA in Frage kämen (FR, 29.03.2003).

- Bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin ist als SWP-Studie neu erschienen: Patrick Bolte, Kay Möller, Osman Rzyttka: Politischer Islam, Separatismus und Terrorismus in Südostasien. Indonesien, Malaysia, Philippinen.
- Am 11. März 2003 hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg entschieden, dass die Wehrpflicht in Deutschland nur für Männer nicht gegen die EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen verstößt. Damit folgte das Gericht erwartungsgemäß der zuständigen Generalanwältin Christiane Stix-Hackl in ihrer Stellungnahme zur Klage eines deutschen Wehrpflichtigen.
- Zur Diskussion um die Verkürzung des Wehrdienstes auf vier oder fünf Monate ist in einem Argumentationspapier des Führungsstabes der Streitkräfte zu lesen: „dass jede Verkürzung des Grundwehrdienstes diesen Dienst der Sinnfrage näher bringt. Ein Grundwehrdienst, der des militärischen Sinnes entbehrt, macht sich selbst obsolet. Damit bergen Verkürzungen auch den Keim der Abschaffung“ (Die Bundeswehr, 4/2003, S.15). Kommentar: Wie wahr, wie wahr oder: dann verkürzt mal schön!

Für unsere Mitglieder gelesen

Veränderungen des Krieges – Veränderungen durch den Krieg

Sammelrezension:

Christopher Daase: Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert. Baden-Baden: Nomos, 1999, 312 S., € 22,50.

Hans Frank / Kai Hirschmann (Hg.): Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung. Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz, 2002, 434 S., € 20,-.

Herfried Münkler: Die neuen Kriege. Dritte Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag, 2002, 285 S., € 19,90.

Herfried Münkler: Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2002, 293 S., € 29,-.

Peter Waldmann: Terrorismus. Provokation der Macht. München: Gerling Akademie Verlag, 1998, 221 S., € 21,50.

Carl von Clausewitz verglich den Krieg einst mit einem Chamäleon. Die tiefe Wahrheit, die in diesem Satz steckt, zeigt sich just in unseren Tagen, so dass die Beschäftigung mit dem Krieg dieser Tage Hochkonjunktur hat. Einer, der sich in der jüngeren Vergangenheit intensiv mit den Veränderungen des Krieges auseinandergesetzt hat, ist der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler, dessen beide im vergangenen Jahr erschienenen Bücher zweifellos zu den Standardreferenzen in der Debatte gehören. ***Über den Krieg*** ist eine ungemein nützliche und in ihrer Argumentation bestechende Sammlung von Buchbeiträgen und Zeitschriftenaufsätzen Münklers aus den Jahren 1982 bis 2002, die für die Zwecke dieser Publikation zumeist überarbeitet, erweitert und aktualisiert wurden und die Münklers intensive und reflektierte Beschäftigung mit der Thematik aus politiktheoretischem Blickwinkel belegen. Dabei werden den Leserinnen und Lesern zentrale Denker des Krieges und seiner Veränderungen vorgestellt. So treffen wir auf bekannte Namen aus der Antike, dem Mittelalter, der Neuzeit und der Gegenwart. Mit dabei sind Aristophanes, Thukydides und Platon, die unterschiedliche, weil zwischen personalisierend-situationistischen und strukturellen Ansätzen liegende Erklärungen für den Peloponnesischen Krieg geliefert haben. Hier zeigt Münkler in

einem Vergleich zum 20. Jahrhundert unter dem Aspekt der ‚Vernunft der Regierenden‘ deren Aktualität und zugleich deren Weiterentwicklung auf. Sodann folgt eine Auseinandersetzung mit Niccolò Machiavelli, der bereits Anfang des 16. Jahrhunderts „die Annahme einer prinzipiellen Interdependenz“ (S. 37) in Bezug auf die innere Situation eines Landes und auf seine Beziehungen zu anderen Ländern entwickelt, daraus aber problematischerweise auf die Identität der politischen Handlungsdirektiven im Inneren wie im Äußeren schließt, dabei den Annahmen eines Nullsummenspiels folgt und daraus die Notwendigkeit der „Ausrichtung der politischen Ordnung an der Kriegsführungsfähigkeit“ (S. 51) ableitet.

Daran schließt sich eine Abhandlung über Johann Gottlieb Fichte an. Hierbei geht es vor allem um dessen seinem Aufruf zu einer Teilnahme aller an der bewaffneten Opposition gegen die napoleonische Bedrohung zugrundeliegenden Argumentation und Unterscheidung zwischen Fürstenkrieg und Volkskrieg, sowie um seine weiteren, sich auch unter dem Eindruck neuer Situationen wandelnden theoretisch-philosophischen Überlegungen in praktischer Absicht im Hinblick auf den republikanischen Frieden, den militärischen Vorteil, den Frieden durch ein Gleichgewichtssystem und auch den Kolonisationskrieg. Bei Carl von Clausewitz geht es Münkler dann um die Analyse von zentralen Motiven aus dessen Werk, wie um den Gedanken der Entscheidungsschlacht, die Vorstellung vom Krieg als ‚wahres Chamäleon‘, als ‚erweiterten Zweikampf‘ und als ‚Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel‘ wie auch um die Konzeption des Volkskrieges als Partisanenkrieg, die Identifizierung von eskalatorischen und mäßigenden Prinzipien des Krieges und die Ambivalenz bei Clausewitz zwischen seinen instrumentellen und existenziellen Kriegsauffassungen. Erörtert wird zudem die Clausewitzsche These, dass mit dem revolutionären Volkskrieg, der *levée en masse*, auch die Kosten des Krieges steigen; der Volkskrieg streift die Hegungen des Krieges in den Kabinettskriegen ab und kennt höhere Verluste.

Der Name Friedrich Engels mag für manche zunächst etwas überraschend auf der Liste von Autoren auftauchen, mit denen sich Münkler beschäftigt. Doch Engels hat ausgiebige – vielleicht sogar mit Blick auf den nicht geleisteten theoretischen Gesamtentwurf zu ausgiebige – Militärstudien betrieben. Engels verortete den Krieg in Abhängigkeit von der technologischen Entwicklung und von der Entwicklung der Produktivkräfte und sah über weite Strecken hinweg die Lösung des Problems Krieg, also sein Verschwinden, in einer Dialektik des Militarismus, die eine Ausweitung des Krieges und damit eine immer ungünstigere Kosten-Nutzen-Struktur des Krieges bewirkt. Damit wird Krieg zu einer notwendigen Durchgangsstation auf dem Weg zu Frieden und Sozialismus, so dass Münkler hier völlig zu Recht von einer ‚geschichtsphilosophischen Absolution‘ von Krieg und Militarismus durch Engels spricht (S. 135). Spätestens mit dem Jahr 1893 hatte sich Engels von diesen Gedanken jedoch verabschiedet. Nunmehr galt ihm Krieg als „eine in der Barbarei endende Sackgasse der Geschichte“ (S. 136), und eine Mäßigung des Krieges lasse sich allenfalls durch eine allgemeine Abrüstung, durch so etwas wie strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreichen. Dies war der Abschied von dem Versuch eines theoretischen Gesamtentwurfs, bei dem sich für Engels „systematisch das Problem [stellte], wie die erst einmal entfesselten Potentiale des Krieges dauerhaft domestiziert werden können.“ Daran scheiterte Engels. „Ein Umschlag von der ökonomischen Steigerung in die politische Selbstfesselung wird nirgends entwickelt.“ (S. 171)

Carl Schmitt ist in der politikwissenschaftlich-kriegstheoretischen Literatur von großer Bedeutung als derjenige, der luzide die Einhebungseffekte des Krieges durch den Staat als Monopolisten des Krieges und das sich daraus entwickelnde Kriegsvölkerrecht herausgearbeitet hat. Doch bereits die Französische Revolution sät die Saat einer Re-Ideologisierung und folglich einer Ent-Hegung des Krieges, indem der Krieg ins Absolute und Existenzielle hinein gewendet wird. Lediglich bei dem auch von Mao Tsetung und Ernesto Che Guevara eingehend, allerdings nur unter der Prämisse Sozialrevolution (und nicht auch unter der Prämisse

Tradition) behandelten Typus des Partisanen bzw. des ‚Waldgängers‘ wie Ernst Jünger ihn nennt, findet Schmitt dann noch die Figur eines politischen, Freund und Feind kennenden Soldaten. In der Diskussion von Hans Magnus Enzensberger und Samuel Huntington hebt Münkler hervor, dass beide die Annahme der Entstaatlichung des Krieges teilen, doch zwei unterschiedlichen Logiken folgen. Während bei Huntington der Staatsbegriff zugunsten des Begriffes ‚civilization‘ aufgehoben wird, geschieht dies bei Enzensberger mit dem Politischen. In seiner Konzeption des ‚molekularen Bürgerkrieges‘ benötigen die Gewaltakteure keiner ideologischen Beruhigung ihrer Taten, denn ihnen sei „das gewaltlimitierende Gewissen abhanden gekommen“ (S. 207).

Diese Studien fließen schließlich ein in einige neuere Arbeiten Münklers, die am Ende des Bandes abgedruckt werden und die sich mit den Veränderungen des Krieges, seiner Entwicklung hin zum Kleinen Krieg, an dem nicht- oder substaatliche bzw. private Akteure beteiligt sind, und mit dem Terrorismus als einer spezifischen Form asymmetrischer Gewaltaktionen auseinandersetzen. Auch geht es ihm um die Frage humanitärer Interventionen und die Frage der Interventionsbereitschaft und -fähigkeit westlicher demokratischer Gesellschaften. Dabei wundert es ihn nicht zu Unrecht, „wie selbstverständlich Beck und Habermas davon ausgehen, daß die Bereitschaft zur militärischen Intervention zwecks Durchsetzung von Menschenrechten grundsätzlich vorhanden sei“ (S. 238f.), und er illustriert anschaulich die Schwierigkeiten und enormen Probleme humanitärer Interventionen und der Befriedung von Bürgerkriegskonstellationen.

In *Die neuen Kriege* überführt Münkler diese Überlegungen in einen kohärenten monographischen Gesamtentwurf und identifiziert drei Prozesse, die gegenwärtig das Bild des Krieges und seine Veränderung charakterisieren. Da ist zunächst der Prozess der Entstaatlichung des Krieges, den er auch als Privatisierung kriegerischer Gewalt umschreibt. Damit ist gemeint, dass das überwiegend in unseren Köpfen umher geisternde Bild von *dem* Krieg ein von Staaten geprägtes ist; Krieg ist unserer geläufigen Vorstellung nach ein Krieg zwischen Staaten, staatliche Akteure dominieren das Kriegsgeschehen. Dem war auch über weite Strecken in der Neuzeit hinweg so. Doch die empirische Kriegs- und Kriegsursachenforschung macht schon seit geraumer Zeit eine Zunahme nicht-staatlicher Akteure als Kriegspartei aus, denn die meisten Kriege der jüngeren Vergangenheit sind Bürgerkriege. Der Staat, so eine prägnante Formulierung Münklers, ist nicht mehr der ‚Monopolist des Krieges‘, er hat nicht-staatliche, private Konkurrenz bekommen (Warlords, Söldnerfirmen, Terrornetzwerke). Darin liegt jedoch die Gefahr, dass der „Krieg (...) zur Lebensform“ (S. 29) wird, am Schwelen gehalten wird und sich verstetigt.

Der zweite den Krieg heute charakterisierende Prozess ist nach Münkler das, was er als die Asymmetrisierung kriegerischer Gewalt bezeichnet. In den heutigen kriegerischen Auseinandersetzungen stehen sich ungleichartige Gegner gegenüber, die über unterschiedliche militärische und logistische Ressourcen und Fähigkeiten verfügen und die deswegen unterschiedlichen Operationslogiken folgen. Das Bild, was in diesem Kontext häufig bemüht wird, ist das des Kampfes von David gegen Goliath: die regulären Streitkräfte eines Staates sind in der Regel militärisch überlegen, so dass die militärisch schwächeren irregulären Kräfte zu asymmetrischen Formen der Kriegführung greifen, also Guerilla- und Partisanentaktiken anwenden. So vermeiden sie beispielsweise eine Entscheidungsschlacht, ziehen den Krieg in die Länge und schlagen punktuell zu, um sich sogleich wieder zurückzuziehen. Durch diese Politik der Nadelstiche soll der stärkere Gegner geschwächt und zermürbt werden. In der weltpolitisch asymmetrischen Struktur durch die dominante Position der USA liegt ein nur trügerisches Gefühl der Sicherheit. Spätestens mit dem 11. September, als den Vereinigten Staaten ihre eigene Verwundbarkeit trotz absoluter militärischer Überlegenheit tragisch vor Augen

geführt wurde, ist die Gefahr, dass weltpolitische Asymmetrien asymmetrische Formen des Gewalthandelns produzieren können, nicht mehr bloße Theorie.

Als drittes Kriterium der neuen Kriege sieht Münkler die Autonomisierung der Gewalt. Damit meint er das, was man auch die Re-Barbarisierung des Krieges nennen könnte. Der zwischenstaatliche Krieg war, siehe Carl Schmitt, ein geregelter, ein eingehogter Krieg. Das Kriegsvölkerrecht beispielsweise übte eine Gewalt beschränkende Wirkung aus. Dieser Hegung fühlen sich die privaten Kriegersakteure nicht mehr unterworfen; ja, sie überschreiten bewusst diese Einhegungen; der Regelbruch ist sozusagen Teil der asymmetrischen Kriegführung. Die Folge davon ist, dass ein Prozess der Entprofessionalisierung und Entdisziplinierung des Militärs zu beobachten ist und die Zivilbevölkerung in diesen Konflikten zunehmend in Mitleidenschaft gezogen wird, wobei insbesondere Frauen häufig Opfer sexueller Gewalt werden. Bei diesen neuen Kriegen handelt es sich trotz der auch von Münkler gesehenen Parallelen zum 30jährigen Krieg nicht, wie man mit Gantzel in Analogie an die Geschichte der Staatsbildung in Europa vermuten könnte, um Staatsbildungskriege, sondern ganz im Gegenteil um Staatszerfallskriege, denn sie erzeugen Gesellschaften ohne zukunftsfähige Strukturen und damit ohne Hoffnung. Konstitutionsbedingungen dieser neuen Kriege sind die Schattenglobalisierung einerseits, aus der die wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen zur Fortsetzung der kriegerischen Auseinandersetzungen bezogen werden, und die Existenz von Anlehnungsmächten andererseits, die beispielsweise als sicheres Rückzugsgebiet oder als Lieferant kriegswichtiger Güter fungieren. Paradoxerweise und fast bitter einzugestehen ist sodann die Tatsache, dass die humanitäre Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft von den Kriegsparteien als eine wichtige Einnahmequelle genutzt wird.

Doch die Folgewirkungen, die von kleinen oder neuen Kriegen ausgehen, könnten noch dramatischer sein. So ist es die bemerkenswerte Hauptthese von Christopher Daase in *Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert*, dass kleine Kriege eben eine große Wirkung haben bzw. haben können. In der Tat konstatiert er nichts weniger als eine strukturelle Veränderung der Grundlagen internationaler Beziehungen durch Kleine Kriege, und zwar in Richtung einer Auflösung des ab dem 17. Jahrhundert sich entwickelnden internationalen Staatensystems. Er sieht mehr als einen Wandel *im* internationalen System, perzipiert er doch einen Wandel der Tiefenstruktur, also einen Wandel *des* internationalen Systems. Ähnlich wie Münkler spielt in seiner Konzeption des Kleinen Krieges die Asymmetrie eine wichtige Rolle, so dass er seinen Entwurf einer Theorie des Kleinen Krieges als eine Theorie des asymmetrischen Konflikts anlegt. Bei ihm liest sich dies wie folgt: „Während im Großen Krieg gleich oder ähnlich vergesellschaftete Akteuren, nämlich Staaten oder Staatenallianzen zusammentreffen, treffen in Kleinen Kriegen ungleich vergesellschaftete Akteure, nämlich Staaten und politische Gruppen, aufeinander.“ (S. 91) Empirisch mit Fallstudien zur Kleinkriegsführung der USA, Israels und der Türkei belegt zeigt Daase, dass Kleine Kriege „an die zentralen Normen und Regeln des internationalen Systems – Souveränität, Stabilität und Kriegsvölkerrecht – rühren.“ (S. 102) Sie können zu einer abnehmenden gesellschaftlichen Kohäsion der beteiligten staatlichen und zu einer zunehmenden sozialen Kohäsion der substaatlichen Akteure führen; sie können zu einer schwindenden politischen Legitimität der staatlichen Akteure und zu einer zunehmenden politischen Legitimität der substaatlichen Akteure führen; sie können zu einem Übergewicht der militärischen über die zivile Sphäre des Staates und zu einer Differenzierung dieser Sphären beim substaatlichen Akteur führen; sie zersetzen und verändern die Normen und Regeln der Kriegführung; sie stellen das Souveränitätsprinzip als Fundament des internationalen Systems in Frage; und sie unterminieren die auf formaler Gleichheit der Staaten basierende Stabilität des internationalen Systems (S. 104, 216).

Überdies sind die kleinen oder neuen Kriege noch aus einem weiteren Grund von Bedeutung. Sie verweisen nämlich auf ein zusätzliches Problem, das des transnationalen Terrorismus, der in den Szenarien des Staatszerfalls Rückzugs-, Organisations- und Operationsmöglichkeiten finden kann. Zumeist wird bei einer Erörterung des Terrorismus auf Peter Waldmanns Arbeiten rekurriert, die sich durch große Kenntnis und tiefe Einsicht in das Phänomen auszeichnen. Sein Buch *Terrorismus. Provokation der Macht* aus dem Jahre 1998 gehört deswegen völlig zu Recht zu den einschlägigen Standardwerken. Darin definiert er Terrorismus, der sich seiner Einschätzung nach niemals vollständig und definitiv bekämpfen lässt und insofern ein permanenter Wegbegleiter von Gesellschaften ist, wie folgt: „Terrorismus sind planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund. Sie sollen allgemeine Unsicherheit und Schrecken, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen. (...) Terrorismus ist die bevorzugte Gewaltstrategie relativ schwacher Gruppen.“ (S. 10) Terrorismus gilt ihm als „Verlegenheitsstrategie“ (S. 11) und „ist primär eine Kommunikationsstrategie“ (S. 13). Das terroristische Kalkül ist demnach kaum als ein irrationales zu beschreiben; viel eher ist es als eine durchaus rationale Zweck-Mittel-Abwägung zu decodieren. Das zeigt die Geschichte des Terrorismus, die Waldmann skizziert. Dabei legt Waldmann eingehend Motiv- und Organisationsstrukturen, technisch-logistische Aspekte, die Schwierigkeiten des Lebens im Untergrund und in einer totalen Institution, die Rolle von Anlehnungsmächten, die Bedeutung des ‚zu interessierenden Dritten‘ und die strategische Stellung der Medien zur Erzielung von Publizitätseffekten und als Transmissionsmedium der Schockbotschaft gerade in demokratischen Gesellschaften dar. Waldmann unterscheidet den sozialrevolutionären, den ethnisch-nationalistischen, den religiösen Terrorismus und den vigilantistischen Terrorismus und konstatiert „gewisse räumliche und ideologische Verlagerungen terroristischer Aktivitäten: Von Europa nach Nordafrika und in den Nahen Osten; vom sozialrevolutionären, marxistischen hin zum religiös motivierten Terrorismus.“ (S. 24) Angesichts der „außerordentliche[n] Motivations- und Sprengkraft des religiös motivierten Terrorismus“ (S. 103), so schreibt Waldmann schon 1998, liegen in dieser Entwicklung hochbrisante Eskalationsdynamiken – Entwicklungsdynamiken, die im 11. September traurige Realität geworden sind.

Ebenfalls mit dem Terrorismus beschäftigen sich 19 Autoren in 17 Beiträgen in dem breit angelegten und einen hervorragenden Überblick über die verschiedenen Aspekte des Terrorismus bietenden Sammelband *Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung* von Hans Frank & Kai Hirschmann von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Im ersten Abschnitt finden sich drei Beiträge zu den *Grundlagen*: Peter Waldmann gibt entlang seiner soeben vorgestellten Monographie eine Einführung in das, was Terrorismus ist und wodurch er sich auszeichnet. Kai Hirschmann liefert eine Analyse des internationalen Terrorismus und seiner Veränderungen. Er konstatiert seit den späten 60er Jahren des 20. Jahrhunderts einen Trend zur „Internationalisierung terroristischer Aktivitäten“ (S. 32), so dass von einem internationalen, oder besser: transnationalen Terrorismus zu sprechen ist. Ferner unterscheidet er einen ideologischen Terrorismus (der Waldmanns sozialrevolutionärem Terrorismus entspricht), einen ethnonationalen, einen religiös motivierten Terrorismus, einen solchen, der sich aus einer Weltanschauung heraus entwickelt (womit er apokalyptische Sektanten meint), den – contra Waldmann – Staatsterrorismus (so auch Hans-Joachim Gießmann, der im gleichen Band von staatlicher Terrorherrschaft, staatlichem Sponsoring und staatlicher Duldung (Tolerance) spricht) und einen Terrorismus, der sich aus Einzelstreitfragen, etwa Tier-, Umweltschutz, Abtreibung und Globalisierung, speist (S. 35). Bei den Durchführungsformen des Terrorismus, also hinsichtlich der Mittel, derer sich terroristische Gruppierungen bedienen, differenziert Hirschmann (S. 41) den konventionellen Terrorismus, den Terrorismus, der über Massenvernichtungswaffen verfügt, und den Cyberterrorismus. Wie Waldmann sieht auch Hirschmann einen Trend zu religiös motiviertem Terrorismus im Namen Allahs, also im Namen des muslimischen Glaubens, basierend auf einem Islamismus im Sinne eines

muslimischen Extremismus (dazu auch den detailreichen Blick in dem Beitrag von Peter Heine im gleichen Band). Hans-Joachim Heintze wendet sich in seinem Beitrag sodann einer völkerrechtlichen Perspektive zu und beschreibt, wie der Terrorismus durch völkerrechtliche Kodifizierungen geächtet worden ist. Entsprechend hält er dafür, dass das Völkerrecht ein effektives Instrument der Terrorismusbekämpfung darstellt.

In der Sektion *Ausprägungen* werden eingehender verschiedene Formen des Terrorismus diskutiert: Terrorismus, der sich aus regionalen Konflikten speist (Klaus Lange), religiöser Terrorismus im Namen Allahs (Peter Heine), und der Cyberterrorismus (Reinhard Hutter). Die Gefahr, dass Terrorismus sich Massenvernichtungswaffen bedient, diskutiert Götz Neuneck (siehe auch den Beitrag von Oliver Thränert im gleichen Band). Er schlägt hier deutlich moderate und keineswegs übermäßig alarmistische Töne an, denn für terroristische Gruppierungen ist es auch aus technischen und organisatorischen Gründen einfacher, sich konventioneller terroristischer Kampfmittel zu bedienen. Dennoch besteht die Gefahr des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen (dabei insbesondere biologischer und chemischer, weniger nuklearer Waffen). Er schließt mit einem Plädoyer für intensiviertere Non-Proliferationsanstrengungen der internationalen Gemeinschaft. Rolf Tophoven beschreibt im Anschluss daran das terroristische Netzwerk der Al-Kaida mit ihrem Kopf Osama bin Laden und widmet sich dabei nicht nur der Biographie ihres Spiritus rector und ihrer Entstehung und Organisation, sondern auch ihrer Arbeitsmuster und Vorgehensweise. Für ihn ist „*Bin Laden* (...) der Phänotyp eines neuen Terroristen, ein Privat-Terrorist mit einer Privat-Armee, die er im Sinne einer pervertierten Interpretation des Islam für seine Interessen und Ziele einsetzt“ (S. 258), und dem letztlich nur mit geheimdienstlichen Mitteln beizukommen ist. Der terroristische Selbstmordattentäter, der nur schwer zu identifizieren ist, weil er sich bis zur konkreten Tat unauffällig verhält, der ein effektives Kampfinstrument mit hoher psychologischer Wirkung ist, der billig ist, weil für ihn keine Flucht organisiert werden muss, steht im Zentrum des Interesses von Christoph Kucklick, Hania Luczak und Christoph Reuter. Sie erklären auch plausibel, wie jemand zum Suizidattentäter werden kann. Sie heben die Bedeutung des Märtyrergedankes und von Imitationseffekten hervor, sprechen von intensiver Schulung und Training, sowie von einer ‚mentalen Programmierung‘, die ein dichotomisch-manichäisches Feindbild hat, die jenseits-bezogen ist und mit Belohnungen im Paradies winkt, und die zugleich sehr irdisch-diesseitig ist, weil der Suizidattentäter seine Familie versorgt wissen kann. Zentrale Bedeutung für das Selbstmordattentat hat die Existenz einer asymmetrischen Machtkonstellation. Durch das Selbstmordattentat kann, so der entscheidende Mechanismus, die „eigene Ohnmacht (...) zur Macht werden.“ (S. 268) In diesen Situationen muss das Abschreckungsprinzip versagen.

In dem Abschnitt *Reaktionsstrategien und Bekämpfungsansätze* geht es um adäquate Antworten auf die terroristische Herausforderung. Günter Weiler sieht die Einsatzmöglichkeiten für die Streitkräfte im Kampf gegen den Terrorismus nicht als Allheilmittel, können diese doch nur ein Element in einem umfassenden Ansatz der Terrorismusbekämpfung sein. Hans Frank macht bei einem Einsatz des Militärs als Mittel der Terrorismusbekämpfung die Notwendigkeit aus, „neben der Verbesserung der Streitkräfte auch die Führungsfähigkeit für Interventionseinsätze zu erweitern und die dazu notwendige Planungskapazität zu schaffen.“ (S. 301f.) Die direkte Terrorismusbekämpfung allerdings „sollte weniger Aufgabe der NATO sein.“ (303). Dass dies vielleicht schon aus Gründen der internationalen Machtverteilung eintritt, meint Christian Hacke, der in seiner Darstellung der amerikanischen Reaktionen auf die terroristische Bedrohung eine Marginalisierung der NATO erwartet (S. 345). Denn ihm „erscheint der Krieg gegen den internationalen Terrorismus als erster Krieg des 21. Jahrhunderts, der ein neues amerikanisches Jahrhundert mit unübertroffener Suprematie der USA einleiten könnte.“ (S. 344f.) Wilhelm Dietl diskutiert den Einsatz geheimdienstlicher Mittel, weist auf zentrale Defizite in der bisherigen Praxis der Geheimdienstarbeit hin (Technikgläubigkeit) und spricht

sich für eine Reform der Geheimdienste aus. Manfred Klink widmet sich der Bekämpfung des Terrorismus im Innern wie im Äußeren durch polizeiliche Instrumente und erachtet hierbei insbesondere eine Verbesserung der internationalen Kooperation in der Polizeiarbeit für dringend notwendig. Mit zu treffenden Vorkehrungen gegen einen durchaus möglichen Einsatz biologischer und chemischer Kampfstoffe durch Terroristen setzt sich Oliver Thränert auseinander. Am Ende beurteilt Karl-Heinz Kamp in seinen Thesen zur Bekämpfung des Terrors „die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen für dringend notwendige sicherheits- und verteidigungspolitische Reformen in Deutschland überaus günstig. Dies gilt nicht nur für die Möglichkeit einer Erhöhung des Verteidigungshaushaltes, sondern insbesondere für die erforderliche Veränderung der Streitkräftestrukturen.“ (S. 429)

Mit Herfried Münkler muss man schließlich noch ein weiteres Instrument der Terrorismusbekämpfung und für den Einsatz in den neuen, asymmetrischen Formen des Krieges insgesamt anführen, das er in *Der neue Krieg* an prominenter Stelle behandelt. Es ist dies, wenn man so will, die Privatisierung des Krieges durch den Staat selbst als Antwort auf die Privatisierung des Krieges. Münkler untersucht hier das *Outsourcing* von zentralen militärischen Aufgaben und den – staatlicherseits bereits eingeleiteten – Rekurs auf Söldner und *private security companies* bzw. *private military companies*. Die Versuchung, diesen Weg zu beschreiten, ist hoch, „kommt [doch] die Anwerbung von Söldnern der Freikaufmentalität postheroischer Gesellschaften am stärksten entgegen.“ (239) Gleichwohl ist der Einsatz dieses Instrumentes sehr wohl zu bedenken, da sich mit ihm neue Problemlagen ergeben werden, die denen ähneln, welche sich ehemals durch den Rückgriff auf *condottieri* ergeben haben: „Die beschriebene Privatisierung des Krieges würde dann nicht bloß von den Kriegsgebieten und Elendsregionen vorangetrieben, sondern ebenso aus den Wohlstands- und Machtzentren. Ein derart privatisierter Krieg würde sich sehr schnell verselbständigen und ein den Marktgesetzen folgendes verhängnisvolles Eigenleben führen.“ (S. 239) Mit Herfried Münkler haben wir begonnen, mit Herfried Münkler möchte ich auch schließen, denn die in den vorgestellten Büchern skizzierten Entwicklungen und Problemlagen belegen die Triftigkeit seiner Schlussfolgerung, „dass wir in ausgesprochen unruhige und bewegte Zeiten hineingehen.“ (S. 243)

Gerhard Kümmel

Armin A. Steinkamm (Hrsg.). Frauen im militärischen Waffendienst. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2001, 593 Seiten.

In den Augen der Bundeswehr ist die „Integration“ von Frauen in die Bundeswehr bereits „erfolgreich abgeschlossen worden“, heißt es in der Homepage. Dass diese kühne Darstellung zu hinterfragen ist, zumindest wenn man unter „Integration“ etwas anderes versteht als bloße Addition eines der beiden Geschlechter in eine Organisation, die für das andere der beiden Geschlechter gedacht war, wird nicht zuletzt nach der Lektüre des Buches deutlich. Es handelt sich um eine Zusammenstellung von Beiträgen, die rechtliche, politische, soziologische und militärische Aspekte des Einsatzes von Frauen in Streitkräften, vor allem der Bundeswehr, thematisieren.

Die Beiträge sind bis auf den letzten (Peter Dreist) vor der Änderung des Art. 12a Abs.4 Satz 2 des Grundgesetzes geschrieben, wonach Frauen „auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten“ durften. Nachdem der Europäische Gerichtshof durch die Entscheidung in der Rechtssache „Kreil“ Anfang 2000 politischen Handlungsdruck erzeugt hatte, trat Ende Dezember 2000 der geänderte Grundgesetzartikel in Kraft und bestimmt seitdem, dass Frauen „auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden“ dürfen. Die Bundeswehr wurde für Frauen –

formal gesehen – komplett geöffnet. Insofern könnte man Teil A des Bandes, im dem sich die Beiträge um die rechtliche Frage ranken, als überholt betrachten. Sie sind dennoch für diejenigen interessant, die sich für die juristische und (geschlechter-) politische Argumentation in den der Grundgesetzänderung vorhergehenden Debatten interessieren. Denn die Frage, ob das generelle Waffenverbot für Frauen in Deutschland der gesellschaftlichen Entwicklung und dem Wandel der Geschlechterverhältnisse seit 1945 gerecht wird, ist nicht erst in Zusammenhang mit dem Verfahren von Frau Kreil vor dem EuGH gestellt worden.

Für einen freiwilligen Wehrdienst für Frauen werden in den Beiträgen der 4. Münchner Wehrrechtsgespräche 1995 (Teil A des Buches) folgende Argumente gebracht: personalstrategische Überlegungen (sinkende Jahrgänge und steigende Quoten der Wehrdienstverweigerung der Männer); positive Erfahrungen mit Frauen im Sanitätsdienst und mit Frauen im Bundesgrenzschutz (Desch, Hitz); die Forderung von Frauen selber (für die Schweiz Hurni); Wehrdienst als staatsbürgerliches Recht (Doehring); Recht auf frei gewählten Arbeitsplatz und Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (Doehring). In der folgenden Abhandlung von Falk Dahl (Abdruck einer Dissertation v. 1999) werden zusätzlich das Völker- und Europarecht herangezogen zu dem Argument, dass ein genereller Ausschluss von Frauen vom Waffendienst nicht aufrecht zu erhalten sei.

Welche Welten hier aufeinander treffen, verdeutlichen kleine Bemerkungen und Redewendungen. So war offenbar das Wort „Soldatin“ bzw. „Soldatinnen“ in der Programmankündigung der 4. Münchner Wehrrechtsgespräche 1995 auf Kritik aus den Bundeswehrreihen gestoßen und es mutet durchaus skuril an, dass sich Redner wie G. Desch, Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr, in ihren Vorträgen zunächst legitimieren müssen, dass sie von dennoch von *Soldatinnen* anstelle von „weiblichen Soldaten“ sprechen werden.

Es folgen vier Beiträge, die sich mit dem Verfahren und Urteil „Kreil“ vor dem EuGH befassen. Armin A. Steinkamm, dessen vehementer Einsatz für eine Öffnung auch aus seinen übrigen Beiträgen hervorgeht, teilt die Auffassung des EuGH und hält es für „peinlich“, dass eine Deutsche erst das Gericht in Luxemburg bemühen musste, um ihr Recht auf Gleichstellung zu erhalten. Klaus Eichen versucht die Entwicklung aufzuhalten: der EuGH mische sich in unzulässiger Weise in militärische Landesverteidigung ein, indem er die Gleichbehandlungsrichtlinie auch für die Streitkräfte als gültig erklärt und sei hierin unbedingt zu stoppen. Tade Matthias Spranger stellt die Entscheidungen des EuGH in Sachen „Sirdar“ und „Kreil“ gegenüber und kritisiert m.E. zu Recht eine überkommene Rollenauffassung, die im Fall „Sirdar“ vertreten worden war: Frau Sirdar, der Klägerin, war die Aufnahme als Köchin in die Kampfeinheit der britischen Royal Marines – im Unterschied zu ihren männlichen (Koch-) Kollegen – verwehrt worden mit dem vom EuGH gedeckten Argument, dass die Truppe an vorderster Front eingesetzt würde, ihre Mitglieder allseitig verwendbar sein müssten und Frauen dies nicht seien.

In Teil B wird der Rechtsdiskurs verlassen. Warum die Studie „Soldatinnen im Österreichischen Bundesheer“ der Österreichischen Offiziersgesellschaft von 1995 aufgenommen werden musste, ist der Rezensentin nicht ersichtlich, zumal ein weiterer Beitrag (Reiszner) sich konkret auf die Erfahrungen der sukzessiven Öffnung des österreichischen Bundesheeres nach 1996 bezieht. Um die konkreten Vorbereitungen auf die Veränderungen in der Bundeswehr und Empfehlungen für die Ausbildung und entsprechende Trainings für Ausbilder geht es in einem Arbeitspapier des Zentrums Innere Führung von Hans Günter Fröhling. Der Blick ist auf die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gerichtet: physische Unterschiede, psychische Unterschiede (Belastbarkeit), Verhaltensunterschiede (Kommunikation, Verhalten in Gruppen). Die militärische Ausbildung müsse diese Unterschiede berücksichtigen. Zwar ist es erfreulich, daß hier auch darauf hingewiesen wird, inwiefern Männer das Problem darstellen

können, indem sie beispielsweise das Vordringen von Frauen in eine männliche Domäne verhindern wollen. Jedoch schreibt die Grundlage für Ausbildungskonzepte mit dem geschlechterdifferenten Blick Stereotypen fest und kann zur „Tokenisierung“ von Frauen beitragen. Aus Sicht der Geschlechterforschung sind Annahmen wie der „andere, nicht hierarchische Führungsstil von Frauen“ mit Vorsicht zu genießen. Das Problem ist, dass die Annahme über das „andere“ der Frauen zu unterschiedlichen Verhaltensweisen gegenüber Frauen und Männern führt. So wird beispielsweise einerseits zu Recht auf die Gefahr der Sonderbehandlung von Frauen hingewiesen, andererseits aber empfohlen, dass Soldatinnen ihre Zimmer während des Umkleidens und der Nachtruhe abschließen dürfen – eine Sonderbehandlung. Warum sollen nicht auch männliche Soldaten ein Recht darauf haben? Hier könnte eine Zusammenarbeit der Inneren Führung mit Vertretern und Vertreterinnen aus dem Bereich der Geschlechterforschung konstruktiv sein.

Dass auf die Bundeswehr gravierende Probleme hinsichtlich einer Geschlechterdemokratie zukommen, machen die Beiträge von Gerhard Kümmel/ Heiko Biehl und Gerhard Kümmel/Paul Klein/Klaus Lohmann deutlich. Ersterer ist eine (nicht repräsentative) Akzeptanzstudie auf Grundlage einer Befragung männlicher Soldaten. Hier deutet sich an, welche Form und Ausprägung der Ablehnung auf die Soldatinnen zukommt. In Hinblick auf die inzwischen erfolgte Öffnung von Kampfverwendungen für Frauen zum Beispiel muss die (vor der Entscheidung erfragte) Ablehnung der Öffnung von Kampfpositionen von 60 Prozent der Soldaten zu denken geben. Immerhin ein Viertel der Befragten können sich keine Frau in ihrer Einheit vorstellen!

In der zweiten Studie geben die Autoren einen komplexen Überblick über die Thematik Geschlechterverhältnisse und Streitkräfte und zeigen auf, inwiefern einerseits die Streitkräfte als männliche Institution durch gesellschaftlichen Wandel herausgefordert sind und inwiefern die Einbeziehung von Frauen in Streitkräfte anderer Länder letztendlich so funktioniert, daß die Männlichkeit der Institution und männliche Konnotation von Militär nicht in Frage gestellt werden (durch Ausschluss von Kampftruppen z.B.). Sie plädieren für die – nach Drucklegung erfolgte - komplette Öffnung der Bundeswehr für Frauen, gegen die Anwendung unterschiedlicher Einstellungs- und Leistungskriterien und stellen eine eventuelle Quotenregelung zugunsten von Frauen zur Diskussion. Sie prognostizieren, dass „die Integration von Frauen für die Bundeswehr mit großer Wahrscheinlichkeit wesentlich schwieriger wird als man öffentlich zugeben mag“. Dass dies zutrifft, zeigt die eingangs erwähnte Erfolgsmeldung.

Insgesamt ist das Buch ein „dicker Brocken“. Man hätte zugunsten einer besseren Übersichtlichkeit auf einige Beiträge verzichten, andere überarbeiten sollen. Darstellungen wiederholen sich (der Verlauf der Sache „Kreil“ vor dem EuGH oder die Entwicklung des Art. 12a Abs.4 Satz 2GG), selbst Tabellen wie die Zahl von Frauen in Streitkräften der NATO-Staaten sind mehrfach abgedruckt.

Inhaltlich ist es der Rezensentin wichtig darauf hinzuweisen, dass hier vor allem *eine* Seite der Geschlechterdichotomie in der Gesellschaft diskutiert und hinterfragt wird: die vermeintliche Unfähigkeit der Frau zum Kampf und ihre vermeintliche Zuständigkeit für den Frieden. Die *andere* Seite der Geschlechterdichotomie, die vermeintliche Zuständigkeit und Bereitschaft der Männer für Verteidigung und Krieg, wie sie die Wehrpflicht für Männer festschreibt, ist als ebenso stereotype Festschreibung das Pendant dazu. Die Gesellschaft ist erst dann konsequent, wenn die Wehrpflicht für Männer abgeschafft wird.

Uta Klein

Das Militär, die Polizei und heutige Friedensmissionen

Rezension zu

Hermann Düringer / Horst Scheffler (Hg.): Internationale Polizei – Eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung (Arnoldshainer Texte – Schriften aus der Arbeit der Evangelischen Akademie Arnoldshain, Bd. 118), Frankfurt am Main: Haag & Herchen Verlag, 2002, 102 Seiten, 16,80 €.

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um eine Tagungsdokumentation der Evangelischen Akademie Arnoldshain zu der Frage, ob eine Weiterentwicklung von Streitkräften angesichts aktueller Entwicklungstendenzen im internationalen Konflikt- und Kriegsgeschehen notwendig ist. In dem einleitenden Vorwort unseres AMS-Mitgliedes *Horst Scheffler* (damals noch Evangelischer Leitender Militärdekan Mainz, heute Militärgeschichtliches Forschungsamt) werden zum Zwecke des Problemaufrisses verschiedene Ansätze skizziert, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen. Der erste ist der Ansatz von Wolfgang R. Vogt, dessen Überlegungen sich unter das Motto der notwendigen Transformation des Militärs in ein ‚Politär‘ subsumieren lassen; der zweite ist die Figur des *miles protector*, wie sie Gustav Däniker entwickelt hat und deren Auftrag mit ‚Schützen, Helfen, Retten‘ umschrieben werden kann; der dritte stammt vom Militärgeneraldekan Reinhard Gramm, der unter Rückgriff auf Überlegungen von Carl-Friedrich von Weizsäcker vom Soldaten als ‚Schutzmann für den Frieden‘ spricht; und der vierte verfolgt die Konzeption einer internationalen Polizei.

Darauf folgt ein Beitrag von *Martin Hoch* (Konrad-Adenauer-Stiftung) zum Wandel des internationalen Konfliktgeschehens und des Krieges. Darin legt Hoch sehr eindrücklich dar, dass der zwischenstaatliche Krieg längst nicht mehr das internationale Kriegsgeschehen dominiert, sondern in dieser Rolle von den kleinen, den asymmetrischen Konflikten abgelöst worden ist. Der kleine Krieg ersetzt also nicht den großen, sondern tritt neben ihn. Dabei unterscheidet er sich in wesentlichen Punkten von dem großen Krieg; er ist ein Krieg, in dem (1) nicht-staatliche Akteure vermehrt zur Kriegspartei avancieren, (2) die Einhegungen des klassischen zwischenstaatlichen Krieges mit der Folge einer Re-Brutalisierung des Krieges und einer massiven Einbeziehung der Zivilbevölkerung in das Kriegsgeschehen verloren gehen; und (3) sich die Grenze zwischen Krieg und Frieden zusehends verflüssigt. Diese kleinen Kriege stellen die regulären Streitkräfte vor besondere Herausforderungen und werfen vor allem für westliche Gesellschaften Legitimationsprobleme und ethische Dilemmata auf, die, so Hoch, zu ihrer Bearbeitung klarer politischer Steuerung bedürfen.

Thorsten Stodiek vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) arbeitet sodann minutiös die deutlichen rechtlich-konzeptionellen und operativen Unterschiede zwischen Polizei und Militär heraus und erarbeitet einige Vorschläge zur Schaffung und zur Ausbildung eines internationalen Standby-Pools von Polizisten. Die in der vergangenen Dekade zu beobachtende Entwicklung einer Verpolizeilichung bzw. einer Konstabularisierung des Militärs wird von ihm dabei durchaus mit Sorge gesehen, erachtet er sie doch vor dem Hintergrund von Fällen schweren Fehlverhaltens von Angehörigen militärischer Verbände in Peacekeeping-Einsätzen als defizitär. Folglich plädiert er, zumindest ab einem bestimmten Zeitpunkt von Konfliktbearbeitungsmissionen, in der Tat im Sinne einer Alternative, für den stärkeren Einsatz von internationalen Polizeikräften.

Uwe Mainz (Leiter der Abteilung ‚Auslandseinsätze‘ der Polizei in Nordrhein-Westfalen) ergänzt diese Perspektive durch ein Beispiel aus der Praxis internationaler Polizeiarbeit, hier der Kosovo-Mission, schildert die Bemühungen seitens der EU-Mitgliedsstaaten zur Schaffung eines aus rund 5000 Personen bestehenden europäischen Polizistenpools für internationale Einsätze und unterstreicht am Praxisbeispiel die zwischenzeitlich auch von den UN aner-

kannte Notwendigkeit der Integration einer CAST(Councelling and Support Team)-Komponente darin.

Der Beitrag unseres AMS-Mitgliedes Sven Gareis (Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr) beschließt den Band mit Ausführungen zu den Veränderungen, welche die Aufgabe der Friedenssicherung durch die UNO durchlaufen hat. Sachkundig erläutert er den Wandel vom klassischen Peacekeeping hin zu einer Form des Peacekeeping, die stärker militärische Zwangsmittel enthält, also ‚robuster‘ ist. Dabei ist der Wandlungsprozess immer noch in vollem Gange, und es zeichnet sich eine „zunehmende Komplexität von Friedensmissionen“ ab. „In diesen komplexen Missionen neuen Typs (...) gehen Peacekeeping und Peacebuilding mehr und mehr eine unauflösliche Verbindung ein und bedingen gegenseitig ihren Erfolg.“ Dabei ist es zusehends geboten, die unabdingbar notwendige militärische Komponente durch zivile Elemente zu ergänzen: „Die Vereinten Nationen müssen auch in Zukunft davon ausgehen, dass derart komplexe Mandate die Regel, nicht die Ausnahme darstellen und kommen daher nicht umhin, eine integrierte, multidisziplinäre Konzeption für Friedensoperationen zu entwickeln.“ (sämtliche Zitate S. 86)

Die Antwort, die auf die zentrale Frage des Sammelbandes gegeben wird, fällt demnach in dessen plakativen und aussagekräftigen Titel eindeutiger aus als es die in ihm enthaltenen Beiträge vermuten lassen. Denn ihnen gemeinsam ist die Überzeugung, dass es nicht um eine Alternative im Sinne einer Substitution, sondern um eine Alternative im Sinne einer Ergänzung geht. Derzeitige und künftige Friedensmissionen erfordern augenscheinlich die Vergrößerung der Schnittmenge, der Überlappungen von Streitkräften und Polizei, ein Befund, der sicherlich nicht nur Befürworter, sondern auch Kritiker, die auf strikter Aufgabenabgrenzung bestehen, finden wird. Um es provokant zu formulieren: In einem solchen Sinne der Schnittmengenvergrößerung müsste die Verpolizeilichung des Militärs möglicherweise mit einer gewissen Vermilitarisierung der Polizei einhergehen.

Gerhard Kümmel

Gunther, Hauser: Österreich – dauernd neutral? in: *Studien zur politischen Wirklichkeit*, Bd. 14, hrsg. von Anton Pelinka, Wien: Braumüller, 2002 (ISBN 3-7003-1421-3).

Über die *Neutralität* Österreichs wird seit Jahren äußerst kontrovers diskutiert. Macht eine Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auf der Basis der 1955 von Österreich „aus freien Stücken“ erklärten immerwährenden Neutralität überhaupt noch Sinn? Ist diese Neutralitätserklärung nicht bereits spätestens mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union selbst obsolet geworden (wie verschiedene österreichische Spitzenpolitiker – allen voran Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel – bei zahlreichen Gelegenheiten zu betonen bemüht sind)?

So einfach diese beiden Fragen klingen mögen, so schwierig erweist sich in der politischen Landschaft Österreichs eine klare Beantwortung. Irgendwie scheint es sich mit dem Neutralitätsstatus des Landes ähnlich zu verhalten wie in anderen als „typisch österreichisch“ bekannten Verhaltensweisen: Neutralität in einem streng militärischen Sinne eher ja, aber ansonsten im Grund eher nein, insgesamt also am treffendsten: *neutral ja/nein zugleich*. Dass eine solche Einstellung und Verhaltensweise in der politischen Praxis gewisse Schwierigkeiten und Probleme mit sich zieht – insbesondere im Feld der internationalen Beziehungen -, überrascht wohl wenig. Aus diesem Grund mag der von Gunther Hauser für sein Buch gewählte Titel *Österreich – dauernd neutral?* vor allem im Hinblick auf das hierin enthaltene *Fragezeichen*

als äußerst treffende Kennzeichnung der jüngsten österreichischen Sicherheitspolitik angesehen werden. Ratlosigkeit, Kopfzerbrechen und Unstimmigkeiten zwischen den politischen Parteien des Landes kennzeichnen ganz offensichtlich die österreichische Sicherheitspolitik seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des militärischen Paktsystems der Zeit des Kalten Krieges.

So verwundert es wohl auch wenig, dass seit mehreren Jahren über das Thema Neutralität in Österreich zumeist in einem emotional aufgeheizten und oftmals zudem ideologisch gefärbten Klima diskutiert wird. Deshalb ist es umso wohltuender, wenn von einem Politikwissenschaftler die Frage der Neutralität in einem nüchtern-sachlichen Stil einer umfassenden Analyse zugeführt wird, ohne dass dabei – wie in der jüngsten politischen Alltagsrhetorik – auf Mozartkugeln oder Lipizzaner Bezug genommen wird. Hausers Buch ist deshalb ein wichtiger Beitrag zu einer Versachlichung der Diskussion um Österreichs Sicherheitspolitik. Er beleuchtet nicht nur die historischen, völker- und verfassungsrechtlichen sowie politischen Dimensionen der österreichischen Neutralität, sondern versucht ebenso aufzuzeigen, wie dieser Begriff zunehmend zu einem zentralen Merkmal österreichischer Identität wurde. In Abgrenzung zur Neutralität als einem solchen *Identitätsmerkmal* wird an verschiedenen Stellen des Buches jedoch auf einen völlig anderen Aspekt der Neutralität verwiesen, nämlich die *Funktionalität* dieses Status, also darauf, dass die Neutralität von Anfang an eigentlich nie Selbstzweck oder Ziel war, sondern bloß *Instrument*. Genau diesen instrumentellen Charakter, der in der aktuellen Diskussion zunehmend ausgeblendet wird, gelte es nach Hauser erneut in Erinnerung zu rufen und im Hinblick auf seine aktuellen Möglichkeiten und Chancen für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit in Mitteleuropa hin zu überprüfen.

In seinen Schlussfolgerungen bekennt Hauser dann letztlich in dieser Hinsicht Farbe, auch wenn er selbst äußerst vorsichtig und behutsam formuliert: „Die Neutralität hat heute – gerade in einem Sicherheitsverbund, wie auch die EU einer ist, einen sehr eingeschränkten, wenn nicht überflüssigen Stellenwert“. Einige Zitate, die er in seinen Text einfließen lässt, werden da noch deutlicher, insbesondere dort, wo die Neutralität selbst als „Sicherheitsrisiko“ bezeichnet wird („Die Neutralität wurde in Österreich zum Sicherheitsrisiko, weil sie eine Illusion von Sicherheit vermittelt und die Suche nach Alternativen erschwert hat“, S. 134), oder Hauser sich für die Notwendigkeit einer sicherheitspolitischen Orientierung Österreichs an der NATO ausspricht („Mit dem Beitritt weiterer mitteleuropäischer Länder zur NATO wird sich jedenfalls Österreich sicherheitspolitisch zu 100% an der Nordatlantischen Allianz orientieren müssen, an der die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union engstens verbunden ist und auch in absehbarer Zeit verbunden sein wird“, S. 135).

Wenngleich sich meine persönliche Auffassung und Einschätzung vor allem in dieser zuletzt genannten Hinsicht von jener Gunther Hausers erheblich unterscheidet (die Gründe dafür liegen in Entwicklungsmöglichkeiten wie sie gegenwärtig etwa innerhalb der NATO und EU in der Irak-Frage zunehmend zum Vorschein kommen), so muss dieses Buch zweifellos als wichtiger Beitrag zu einer bedeutenden politischen Frage betreffend Österreichs Sicherheits- und Außenpolitik angesehen werden. Dafür ist dem Autor zu danken, zu hoffen bleibt nur, dass ihm damit auch ein Anstoß zu einer Versachlichung der diesbezüglichen Grundsatzdebatte in Österreich gelingt. Völlige Übereinstimmung zwischen mir und dem Autor herrscht dort, wo dieser über die heutige *sicherheitspolitische Bedeutungslosigkeit Österreichs* im internationalen Bereich spricht: „Sicherheitspolitisch wird Österreich im internationalen Bereich (sofern man sich überhaupt mit Österreich beschäftigt) als völlig bedeutungslos angesehen, weiters zeigt Österreich zu wenig Profil bzw. Charakter hinsichtlich der Bewältigung internationaler Probleme“ (S. 135). Aber dafür ist meiner Ansicht nach weder der Status der Neutralität, Allianzfreiheit oder Bündniszugehörigkeit des Landes allein entscheidend, sondern dies ergibt sich vielmehr daraus, wie viel „politisches Kapital“ die Österreicher aus ihrer

jeweiligen Situation international herauszuholen im Stande sind. Die sicherheitspolitische Kontroverse und Unklarheit Österreichs hat aber natürlich auch ihre positive Seite, denn wer nicht weiß wohin er gehen will, der kann sich auch nicht verirren. Man landet halt dann irgendwo und diskutiert über ein neues Etikett für jenen Ort, an dem man sich gerade befindet: „allianzfrei“, „post-neutral“, „Restneutralität“, „dynamisch neutral“ oder letztlich vielleicht doch noch „dauernd neutral“?

Dr. Franz Kernic
FIMS (Universität der Bundeswehr München)

Neuerscheinungen

- Benoist, A. de (Hrsg.): Die Welt nach dem 11. September. Der globale Terrorismus als Herausforderung des Westens. Tübingen (Hohenrain) 2002.
- Brandt, H.J., Häger, P. (Hrsg.): Biographisches Lexikon der katholischen Militärseelsorge Deutschlands 1848 bis 1945. Paderborn (Bonifatiusverlag) 2002.
- Brauch, H.G.: Disarmament, in: Volger, H. (Hrsg.): Encyclopaedia of the United Nations. Dordrecht u.a. (Kluwer Academic Publishers) 2002.
- Brauch, H.G., Selim, M., Liotta, P.H., Chourou, B., Rogers, P., Marquina, A. (Hrsg.): Security and Environment in the Mediterranean. Conceptualizing Security and Environmental Conflicts. Berlin, Heidelberg (Springer) 2003.
- Caforio G, (Ed.): Handbook of the Sociology of the Military. New York (Kluwer Academic/Plenum Publisher) 2003.
- Coughli, C.: Saddam Hussein – Porträt eines Diktators. München (Ullstein) 2003.
- Debiel, T. (Hrsg.): Der zerbrechliche Frieden: Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung. Bonn (Dietz) 2002.
- Düringer, H., Scheffler, H. (Hrsg.): Internationale Polizei. Eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung. (Frankfurt/Main (Haag und Herchen) 2002.
- Ender, M. G. (Ed.): Military Brats and Other global Nomads: Growing up in Organization Families. Westport, CT (Praeger) 2002.
- Forster, A., Edmunds, T., Cottey, A.: The Challenge of Military Reform in Postcommunist Europe: Building Professional Armed Forces. Hampshire (Patgrave) 2002.
- Förster, St. (Hrsg.): An der Schwelle zum totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919-1939. Paderborn (F. Schöningh) 2002.
- Frank, H., Hirschmann, K. (Hrsg.): Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung. Berlin (Berliner Wissenschafts-Verlag) 2002.
- Gibbon, E.: Der Sieg des Islam. Frankfurt/Main (Eichborn) 2003.
- Harenberg, K.-H., Fritzler, M. (Hrsg.): No War. Krieg ist nicht die Lösung, Mr. Bush! München (Knaur) 2003.
- Hubatschek, G. (Hrsg.): Das Heer im Einsatz. Frankfurt/Main, Bonn (Report Verlag) 2003.
- Kaplan, L.F., Kristol, W.: The War over Iraq. Saddam's Tyranny and America's Mission. San Francisco (Encounter Books) 2003.
- Kernic, F.: Kritik der militärischen Gewalt. Frankfurt/Main u.a. (P. Lang) 2003.

- Kubbig, B. W. (Hrsg.) : Brandherd Irak. Frankfurt/Main (Campus) 2003.
- Lüdeke, A.: „Europäisierung“ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik? – konstitutive und operative Europapolitik zwischen Maastricht und Amsterdam. Opladen (Leske u. Budrich) 2002.
- medico international (Hrsg.): Ungeheuer ist nur das Normale. Zur Ökonomie der ‚neuen‘ Kriege. Frankfurt (Mabuse-Verlag) 2002.
- Meuter, Th. (Hrsg.): Die Bundeswehr im Kosovo. Auftrag und Ausrüstung. Meckenheim (Verlag Th. Meuter) 2002.
- Pichot-Duclos, J.: Les guerres secrètes de la mondialisation. Guerre économique, guerre de l’information, guerre terroriste. Paris (Lavauzelle) 2002.
- Pommerin, R., Bischof, G.J. (Hrsg.): Einsatz für den Soldaten. Die Arbeit des 10. Beirats für Fragen der Inneren Führung. Baden-Baden (Nomos) 2003.
- Prokla, 127 (Hrsg.): Neue Waffen, neue Kriege. Münster (Westfälisches Dampfboot) 2002.
- Reiter, E., Rummel, R., Schmidt, P. (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht. Chancen und Schwierigkeiten der Europäischen Union beim Aufbau der ESVP. Hamburg u.a. (Mittler) 2002.
- Reiter, E. (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik. Bd. 1. Hamburg u.a. (Mittler) 2002.
- Reuter, Ch.: Mein Leben ist eine Waffe. Selbstmordattentäter, Psychogramm eines Phänomens. München (Bertelsmann) 2002.
- Röhrich, W.: Die USA und der Rest der Welt: ein kritischer Essay. Münster u.a. (LIT-Verlag) 2002.
- Said, E.W.: Das Ende des Friedensprozesses. Berlin (Berlin-Verlag) 2002.
- Schneider, M.: Sicherheit, Wandel und die Einheit Europas: zur generativen Rolle von Sicherheitsdiskursen bei Bildung zwischenstaatlicher Ordnungen in Europa vom Wiener Kongress bis zur Erweiterung der NATO. Opladen (Leske u. Budrich) 2002.
- Steinlechner, W., Walz, D.: Wehrpflichtgesetz. Kommentar. 6. Aufl. München (F. Vahlen) 2002.
- Woodhouse, T. (Ed.) Peacekeeping and conflict resolution. London (F. Cass) 2002.
- Woodward, B.: Bush at War. Amerika im Krieg. Stuttgart, München (Deutsche Verlags-Anstalt) 2003.